



INSTYTUT PÓŁNOCNY

im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie



ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
W OLSZTYNIE

Johannisburger Zeitung

ersch. jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
ausg. gegeben von der Johannisburger Ztg. allein 4,75 M. vierteljähr-
lich mit Kreisblatt 1,50 M. mehr ohne Beilage. Beilagen
nehmen christliche Beilagenstellen entgegen. — Belegnummer 21 Pf.

Parteiloses
Publications-Organ



für den
Kreis Johannisburg.

Preise: Inland: die Tageszeitung, Beilage ab. 10 Pf. Sonntags 15 Pf. Ausland: 20 Pf. Beilage ab. 10 Pf. Sonntags 15 Pf. mehr.
Für größere Kreisläufe, Abbest. bei der Geschäfts-Verwaltung ab. 10 Pf. mehr.
Erlaubt. Einzelverkauf: Montag, Mittwoch u. Freitag 10 Pf. Sonntags 15 Pf.

Verwaltung: Geschäftsstelle: Johannisburger Str.,
St. Johannisstr. 10. — Fernruf Nr. 11.

Druck und Verlag: Johannisburger Zeitung G. m. b. H.

Beilage: Johannisburger Kreisblatt
wöchentlich 1 mal.

Telegramm-Adresse: Johannisburger Zeitung
Polischke 20011 Rönigsberg i. Pr.

Verantw. Redakteur: Gottlieb Bauer, Johannisburg

Nr. 76.

Sonnabend, den 3. Juli 1920.

Jahrg. 1920.

Fluch, der polnischen Willkür! Heil, dem Deutschtum!

Neueste Nachrichten.

Sozialistischer Revolutionsaufruf.

Mailand. (RWB) Der „Avanti“ veröffentlicht einen Aufruf der Sozialdemokratischen Partei und des Arbeiterbundes an das italienische Proletariat. Der Aufruf, der sich auch an die Soldaten wendet, erinnert an die von der Regierung gegebene Zusicherung, keine Truppen nach Albanien senden zu wollen, und schließt: Wir erheben laut den Ruf: „Hände weg von Salona! Arbeiter und Soldaten! Fasset euch bereit und reißt euch vor einem neuen Kriege die Hände, beantwortet einen neuen Krieg mit dem Rufe: Revolution!“

Englands Verzicht auf den Kaiser-Prozess.

London. (RWB) Im Unterhause sagte Lloyd George auf eine Anfrage, das Nichtzustandekommen des Kaiser-Prozesses bedeute keine Pflichtverletzung der englischen Regierung, da der Kaiser nicht erreichbar sei. Er glaube nicht, daß der Kaiser weiteres Blutvergießen wert sei. Holland habe die Auslieferung abgelehnt. Es gebe dann nur einen Weg, um ein Land zu zwingen. Auf eine Bemerkung, daß die Auslieferung des ehemaligen Kaisers auf jeder Wählerversammlung in England ausdrücklich versprochen worden sei, entgegnete Lloyd George, es sei nicht versprochen worden, die Auslieferung des Kaisers zu erzwingen, wenn er in den Händen einer neutralen Macht sei, die die Auslieferung ablehne.

Vorlage zur Zwangspensionierung von preußischen Beamten.

Berlin. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die preußische Regierung, in der Preussischen Landesversammlung eine Vorlage einzubringen, die ihr in weitgehendem Maße die Zwangspensionierung von älteren Beamten ermöglichen soll. Während nach der bisherigen Rechtslage jeder Beamte von 65 Jahren seine Pensionierung verlangen kann, soll jetzt umgekehrt die Regierung jeden Beamten in Pension schiden dürfen, der diese Altersgrenze überschreitet.

Die Lebensmittelkrawalle im Reich.

Würzburg. Die Lebensmitteldemonstrationen nahmen am 28. Juni einen ersten Charakter an. Die Menge stürmte Waffenladen und stahl für 55 000 Mark Gewehre und Munition. Die Reichswehrsoldaten wurden aus der Straße mißhandelt und ihrer Seitengewehre beraubt. Vor dem Rathaus versammelten sich eine Menschenmenge, die es stürmen wollte. Nach dreimaliger vergeblicher Aufforderung, den Platz zu räumen, gab die Reichswehr zuerst Schreckschüsse ab. Als danach aus einem Haus die Schüsse erwidert wurden, schoß die Reichswehr eine Salve ab, bei der einer der Anführer, ein 29-jähriger Tischler, und eine Kaufmannswitwe, die sich trotz Aufforderung nicht vom Fenster entfernte, getötet wurden.

Würzburg. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind bei den Lebensmittelkrawallen am 28. Juni zwei Personen getötet, vier verwundet worden. Ueber die Stadt wurde der Kriegszustand verhängt. Die Lage ist noch gespannt.

Magdeburg. Ueber den Kreis Schleusingen, Provinz Sachsen, ist auf Antrag des als Regierungskommissar amtierenden Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und im Einverständnis mit dem preussischen Minister des Innern der Ausnahmezustand verhängt worden.

Unruhen in Czuchauen.

Czuchauen. Am 28. Juni abend kam es zu Unruhen in der Nordvorstadt. Die Polizei war machtlos. Die Kältemehr wurde zur Hilfe gerufen. Es geschah aber nichts. Am 29. Juni forderte das Gemeindefunktionariat in Maueranlagen die Zurückziehung von Militärs und der Polizei von der Straße und versammelte sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Kräfte.

Fälschung der Volksabstimmung durch Polen.

Nach Mitteilungen eines in Neupolen ansässigen Vertrauensmannes des „Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen“ sind die Anmeldungen der deutschen Stimmberechtigten aus Polen zur Volksabstimmung richtig in die Hände der Abstimmungs-Kommission in Ost- und Westpreußen gelangt. Von dort sind auch die Abstimmungsausweise richtig abgeschickt worden. Aber nur ein Fünftel ist in die Hände der Stimmberechtigten gelangt. Die übrigen vier Fünftel sind zum größten Teil schon an der Grenze, sonst bei der letzten Volksabstimmung beschlagnahmt worden.

Die Deutschen in Polen, die auf Grund von Abstimmungsausweisen bei den polnischen Wahlstellen einen Paß nachsuchten, wurden unter Ausflüchten zurückgewiesen. Die Wahlstellen verlangten meist einen besonderen Ausweis der Interalliierten Kommission. Wenn auch dieser beigebracht wurde, so wurden die Deutschen abermals unter dem Vorwand hingehalten, daß erst Erkundigungen über sie bei den örtlichen Polizeibehörden eingezogen werden müßten. Es wird also nur ein winziger Bruchteil der zahlreichen stimmberechtigten Deutschen, die in Polen leben, an den Abstimmungen teilnehmen können.

Es handelt sich also um eine planmäßige Fälschung des Abstimmungsergebnisses durch polnische Behörden. Da Deutschland ja wehrlos der Entente ausgeliefert ist, kann es sich nur auf Protekte beschränken, die aber nichts helfen werden.

Allgemeine Befriedigung über die Reichstagsdebatte.

Berlin. (RWB) Abgesehen von den Unabhängigen herrscht bei allen Parteien Befriedigung über die Reichstagsdebatte vor. „Kein Mißtrauen gegen die Regierung,“ so schreibt die Völkische Zeitung.

Der „Germania“ erscheint es selbstverständlich, daß jetzt, da das Zentrum an die Spitze der Regierung treten mußte, seine Auffassung sich noch energischer in den Vordergrund drängte, als es bisher schon geschehen konnte. Das Zentrum habe sich nicht an die verantwortungsvolle Stelle gedrängt, sondern sie nur aus Pflichtgefühl übernommen, nicht, um gegen die Arbeiter zu regieren, sondern mit ihnen. Von der Ausnahme dieses Appells bei dem Rathe hänge das Schicksal der sogenannten bürgerlichen Regierung ab.

Für die demokratische Partei glaubt das „Berliner Tageblatt“ feststellen zu können, daß sie nur deswegen in das Kabinett eintreten konnte, weil sie auch nicht einen Deut von ihren Grundgedanken opfern durfte. Gleichzeitig charakterisiert das Blatt die heutige deutsche Politik als eine solche zwischen den Schächten, als eine Politik des Abwartens, die schließlich alle Parteien einhalten entschlossen zu sein schienen. Erst einmal die Verhandlungen in Spaa vorübergehen zu lassen und bis dahin alles Fremde zurückzuführen. Scheidemann habe den durchaus zutreffenden Ausdruck gefunden, indem er betonte, wenn die Regierung im Sinne der Rede des Reichstanzlers stehenbilde die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen gedachte, dann könne sie überzeugt sein, daß in den Tagen von Spaa die Nation in ihrer erdrückenden Mehrheit hinter ihr stehe.

Wie der „Vorwärts“ schreibt, zeigte sich das augenblickliche Gleichgewicht der Kräfte, auf dem die neue Regierung balanciert, darin, daß sich Herzt von rechts her ganz die Erklärung zu eigen machte, die Scheidemann von links her abgegeben habe.

Der erste Reichstag der deutschen Republik hat sich, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ urteilt, mit einer so bemerkenswert ruhigen Sachlichkeit eingeführt, daß man es nur freudig begrüßen könnte, wenn diese ersten Tage ein bleibendes Kerngeheimnis auch für die kommenden Verhandlungen bilden würden. Erfüllen sich die Hoffnungen, die man an die Aussprache der Parteien anknüpfen

dürfte, im Sinne des Ausgleichs und der Verständlichkeit, dann werde der Reichstanzler wenigstens in den Fragen der auswärtigen Politik über eine solche Mehrheit im Reichstag verfügen können, wie sie im Interesse der vor der Tür stehenden schwierigen Verhandlungen in Spaa unbedingt erforderlich erscheint.

Das offenbare Geheimnis der franz. Gewaltpolitik.

Drei Noten an die Reichsregierung.

Die Entwaffnung Deutschlands auf 100 000 Mann Reichswehr.

In der ersten der drei Noten, die die Entente dem deutschen Geschäftsträger in Paris am 24. Juni übergeben hat, ohne daß die Reichsregierung es für nötig gehalten hätte, den Inhalt der deutschen Öffentlichkeit zugänglich zu machen, heißt es über die Entwaffnung Deutschlands:

Am 21. Juni, nach Ablauf von beinahe sechs Monaten seit Inkrafttreten des Friedensvertrages sind die wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages über Landwehr, Luftfahrt und Marine noch unausgeführt oder unvollständig ausgeführt.

Die alliierten Regierungen haben nach ernster Prüfung dieser Sachlage einstimmig beschlossen, die in dem von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung so wohl was die Heeresstärke, als auch was das Kriegsmaterial betrifft, in vollem Umfang aufrecht zu erhalten und deren schon allzu lange verzögerte vollständige Durchführung unverzüglich zu betreiben. In gleicher Weise erwarten die alliierten Regierungen, daß die deutsche Regierung ihnen keinen Antrag auf Änderung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages mehr vorlegen wird, da solche Anträge nur abschlägig beschieden werden könnten und daher nutzlose neue Verzögerungen bringen würden.

Die Antwort der alliierten Regierung auf den Antrag der deutschen Regierung wegen Beibehaltung eines Heeres von 200 000 Mann geht dahin, daß die militärischen Kräfte Deutschlands auf der durch den Friedensvertrag bestimmten Stärke von 100 000 Mann und in der durch diesen Vertrag vorgezeichneten Gliederung zu belassen sind, und daß die Sicherheitspolizei innerhalb von drei Monaten vollständig aufzulösen ist, und daß andererseits die Stärke der Polizei auf 150 000 Mann erhöht, somit um 70 000 Mann im Vergleich zu der Stärke von 1913 vermehrt wird.

Im weiteren fordern die alliierten Regierungen die deutsche Regierung auf, die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach dem Auslande zu verbieten, die Formationen der Einwohnerwehren, die im Widerspruch mit der Entscheidung vom 8. April noch fortbestehen, tatsächlich aufzulösen und die Auslieferung der Waffen dieser Formationen durchzuführen.

Andernfalls würden sich die alliierten Regierungen gezwungen sehen, die geeigneten Mittel zu prüfen, um die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Vertrages sicherzustellen.

Neilsche Auflösung der Sicherheitspolizei in Deutschland. Die zweite Note sagt in Bezug auf die von der deutschen Regierung erbetene vorläufige Verlängerung, daß die alliierten Regierungen keine Veranlassung haben, einer erneuten Verlängerung der ihr gestellten, am 10. Juli ablaufenden Frist zuzustimmen. Wenn die Mächte auch entschlossen sind, die Abrüstung Deutschlands den Vertragsbestimmungen gemäß durchzuführen, so erkennen sie gern an, daß die normalen Polizeikräfte nach dem Stande von 1913 nicht allen Bedürfnissen genügen können.

Die alliierten Regierungen sind bereit, eine Vermehrung der Polizeikräfte zu genehmigen. Sie können aber unter keinem Vorwande zulassen, daß diese Vermehrung durch Beibehaltung der Sicherheitspolizei, einer Polizei-